BRUCHSTELLEN

ABC

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien *Nummer 10/ Jahr 1* *Wien, Dezember 2014*

Editorial

Bruchstellen ist der monatliche Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist_Innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Damit halten wir unsere Zeitschrift Kassiber, dessen erste Ausgabe im Dezember 2012 erschienen ist, für eine stärkere Fokussierung auf inhaltliche und zeitlose Diskussionen und Texte frei. Das bedeutet nicht, dass die 'Bruchstellen' frei von inhaltlichen Diskussionen sein werden. Der Fokus liegt jedoch auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

Mexiko: Brief von den Anarchist_innen Amélie und Fallon

Wir sind nun seit 10 Monaten im Knast. In den letzten Wochen haben sie zwei Urteile gegen uns gefällt: Eines auf kommunaler und eines auf Bundesebene. Am 1. November hat Richter Manuel Munoz Bastida vom 8. Bundesgericht des Reclusorio Süd eine Urteil von 7 ½ Jahren, aufgrund der „Brandstiftung an einem öffentlichen Gebäude, in dem sich Menschen befinden", das betrifft die Sachbeschädigung an den 'Mexikanischen Kommunikation und Transport Büros', verkündet.

Die Menschen 'drinnen' /(Anm. d. Übers.: im Gebäude)/ sind zwei Bundesbullen gewesen, die mit der Bewachung des Gebäudes betraut waren. Dann, am 7. November, haben wir das zweite Urteil bezüglich der Anklage auf kommunaler Ebene erhalten, lautend auf „Gemeinschaftliche Zerstörung von privatem Eigentum" und „Landfriedensbruch". Diese Anschuldigungen betreffen den Angriff auf das Nissan Autohaus. Es ist an der Ecke der STC /(Anm. d. Übers.: U-Bahn in Mexiko City),/ wo die Autos abgefackelt wurden.

Die Richterin Margarita Bastida Negrete vom Gericht für Kommunalgesetze #18 des Reclusorio Ost hat uns zu 2 Jahren und 7 Monaten Knast verurteilt, zusammengefasst ergeben die beiden Anklagen auf Sachbeschädigung und Landfriedensbruch einen Gesamtschaden von 108.000 Pesos. Laut Gesetz haben alle erstmaligen StraftäterInnen, die zu weniger als 5 Jahren verurteilt werden, den Anspruch auf diverse Vergünstigungen.

In unserem Fall ist es so, dass - wenn wir eine Geldstrafe von 43.000 Pesos zahlen würden - wir sofort entlassen werden würden oder wir müssten mindestens 10.000 Pesos für jede/r von uns bezahlen und einmal im Monat während der 2 Jahre und 7 Monate auf dem Gericht eine Unterschrift leisten.

Wir werden gegen beide Urteile Berufung einlegen, denn der Staatsanwalt hat gegen den kommunalen Gerichtsentscheid berufen und wir gegen das Urteil auf Bundesebene. Sie sollten während der nächsten 5 Monate zu einer Entscheidung kommen. Faktisch ist es die Verurteilung auf Bundesebene, die uns hier drinnen hält. Um raus zu kommen müsste die Bundesverurteilung weniger als 5 Jahre sein. Also werden wir in den kommenden Monaten sehen, ob es eine Chance gibt, diesen Ort zu verlassen.

Wir wurden auf einen Artikel von Philippe Teisceira-Lessard hingewiesen, der in der Zeitung 'La Presse' aus Quebec veröffentlicht wurde, eine der meistgelesenen Zeitungen in Quebec. Wir sind wütend über die Veröffentlichung dieses Artikels, in dem es über unseren Fall geht, in Teilen unsere öffentlichen Briefe zitiert und darüber, was unser Anwalt dem Journalisten erzählt hat.

Wir haben weder irgendwelche Massenmedien darum gebeten Neuigkeiten über unseren Fall zu verbreiten, noch haben wir unseren Anwalt dazu ermächtigt irgendwelche Informationen an Journalist_Innen zu kommunizieren. Wenn wir irgendetwas zu sagen haben, ziehen wir es vor, das selbst zu machen. Die Massenmedien sind auf die selbe Weise unser Feind wie die Polizei, das mächtigste Instrument sozialer Kontrolle, das zur heutigen Zeit existiert. Deshalb soll das Arschloch Philippe Lessard damit aufhören unsere Familien zu belästigen, und um das klar zu haben, wir brauchen seine Artikel nicht, um unsere Situation zu diskutieren.

Also machen wir weiter, mit Stärke in unseren Herzen, und scheissen auf die Justiz und den Staat. Wir erwarten uns nichts vom Gesetz, auch wenn wir wirklich hier raus wollen. Kraft unserem Komplizen Carlos Lopez Marin (im Osten), dem Kameraden Luis Fernando (Süden), an Abraham und Fernando (Norden). Weiters, Grüße an Mario Gonzales, der sich jetzt in Freiheit befindet, und eine sehr kräftige Umarmung an Felicity, Tripa und die Hexe.

Feuer der Zivilisation, Krieg der Gesellschaft.
Bis zur Freiheit und noch weiter
Amélie
Fallon
Santa Marta

Englische Übersetzung von act for freedom now!
Von der italienischen Übersetzung von RadioAzione

Keine Pepperoni im Knast?! *von Thomas Meyer-Falk*

Sage niemand, im Staatsdienst würden geistig nicht außerordentlich wenige Menschen arbeiten. Nachdem in der Justizvollzugsanstalt Freiburg (jva-freiburg.de) seit ewigen Zeiten in Wasser und Essigsäure eingelegte Pepperoni von den dort inhaftierten Insassen, zum Zwecke des Genusses, z.B. als Auflage für eine Pizza, oder einen Salat griechischer Art, käuflich erworben werden konnten, entdeckten am 10.September 2014 die Knast-Beamten schier Ungeheuerliches!

Und zwar fiel es ihnen wie die sprichwörtlichen Schuppen von den Augen: Pepperoni weisen eine- Zitat- „gewisse Schärfe" auf. Das darf selbstredend nicht so sein, also schritt die sogenannte „Einkaufs-Beamtin", Frau Obersekretärin R. zur Tat und verbot der Lieferfirma, jemals wieder solche Pepperoni an die Gefangenen zu verkaufen.

Geistig nicht weniger wendig ihr Dienstvorgesetzter, Herr Oberregierungsrat R., manchen vielleicht noch aus seiner Schaffensperiode in der JVA Bruchsal bekannt, da ich seinerzeit auch schon seine Entscheidungen kommentierte, mit Schriftsatz vom 23. Oktober 2014 führte er aus, diese aufgeweichten, glitschigen Pepperoni, der Variante „mild", könnten – Zitat- auch als Waffe eingesetzt werden.

Ja, genau! Wir stellen uns das dann so vor, da? Ein Insasse eine reichlich matschige Pepperoni nach einem Wächter wirft. Sicherlich wäre dieser dann auf immer dienstunfähig.

Außerdem, so der nun auch als Amateur-Botaniker sich betätigende Ober-Regierungsrat, eigentlich studierter Jurist, könnte man die in Essigsäure einlegten Pepperoni zur Züchtung neuer Pepperoni mißbrauchen, am Ende sogar solche eines – Zitat – „größeren Schärfegrads", als der eigentlichen Variante „mild".

Und genau deshalb müsste jetzt dieses Produkt aus der Sortimentsreihe gestrichen werden; was freilich nur für die werten Insassen gilt. Denn das Personal, also insbesondere die Wärter*innen und Wärter lassen sich gerne vom örtlichen Pizza-Lieferservice Pizzen in die Anstalt liefern, um den körperlich anstrengenden Dienst überhaupt durch zu stehen- und auf diesen Pizzen liegen dann auch: genau! Pepperoni.

Der Originalvermerk der Beamtin R., wie auch ein Schriftsatz des besagten Amateurbotanikers, können hier nachgelesen werden: http://de.indymedia.org/sites/default/files/2014/12/Pepperoni.pdf

Thomas Meyer-Falk,
C/o JVA (SV),
Hermann-Herder-Str. 8, D-79104 Freiburg
https://freedomforthomas.wordpress.com
http://www.freedom –for-thomas.de

Auszug aus einem Interview mit Andreas Krebs

aus der Sendung von Frequenz A vom 10.12.14

Hallo. Wir hatten euch in unserer letzten Sendung von der bevorstehenden Entlassung von Andreas Krebs erzählt und freuen uns nun, ihn in Freiheit begrüßen zu können.

Hallo Andreas!

Ja, wir dachten wir sprechen einfach mal mit dir über deine ersten Eindrücke die du so hattest in Freiheit. Wie war das für dich als du rausgekommen bist?

Ja, Reizüberflutungen pur. Große Menschenansammlungen gingen mal gar nicht, oder Einkaufen, Kaufhäuser… Das war schon extrem viel für mich. Ja und ich kann oft nur in Begleitung raus. Also längere Strecken oder so, oder Einkaufen, größere Einkäufe zu machen oder so etwas nur in Begleitung. Immer noch, jetzt auch nach vier Wochen, die ersten zwei Wochen das war richtig krass. Ich war ja emotional, gewisse Sachen haben mich emotional sehr mitgenommen, teilweise dann auch Aggressionen. Ich hab mich die ersten Wochen schon dabei erwischt, wo ich mich dann komplett distanzieren musste. Ich bin in mein Zimmer und hab mich abgeseilt, ich konnte nichts sehen und nichts hören weil es mir einfach zu viel war. Ja, es ist sehr schwierig. Und am Anfang auch Sprachaussetzer, ganz schlimm, gerade am Anfang. Bedingt durch die Isohaft oder so, hast du dann voll Sprachaussetzer. Hast keinen zum Reden, kannst dich nicht austauschen oder nichts, da war das schon viel wert dass ich das Telefon illegal gehabt habe.

_Ja, vielleicht kommen wir noch auf einen anderen Punkt zu sprechen und zwar wurdest du ja nach deiner Entlassung sozusagen unter 'Führungsaufsicht' gestellt. Vielleicht kannst du erstmal für die Hörer_innen die eventuell nicht wissen was Führungsaufsicht ist ein Stück weit erklären was denn die Führungsaufsicht ist._

Führungsaufsicht ist wenn jemand Endstrafe macht, mindestens zwei Jahre verbüßt hat, kann er vom Staat unter Führungsaufsicht gestellt werden. Da gibt es dann auch den roten Stempel noch, den 'R-Probanden' also 'Risiko-Proband', den habe ich, da ist es so dass man Auflagen bekommt, in meinem Fall – manche sagen 'nur' Arbeitswechsel und Wohnortwechsel – und du musst dich da jeden Monat melden, das ist quasi wie Bewährungshelfer, nur 'Führungsaufsicht'. Wenn ich dagegen verstoße droht mir vom Gesetzgeber eine Haftstrafe bis zu drei Jahren. Ich habe schon vor einigen Jahren angekündigt in meinem Bekanntenkreis und bei meinen Freunden und so, dass ich der Sache niemals nachkommen werde, niemals. Und ich bin so vom ersten Tag an, nach meiner Haftentlassung in die Illegalität. Und dabei bleibt es auch und es wird sich auch nicht ändern und sollten sie mich, klare Ansage, sollten sie mich bekommen und mich wieder unter Führungsaufsicht stellen, mache ich es wieder, ich werde niemals klein beigeben, niemals, keine Chance. Ich lasse mich vom Staat nicht kontrollieren, ich hab meine Strafe verbüßt, bis zum letzten Tag und fertig und ich bin keinem Menschen irgendeine Rechenschaft schuldig, das läuft nicht.

Das ganze Interview findet ihr auf http://frequenza.noblogs.org/

7 Anarchist_innen bleiben im spanischen Knast.

Richter Gómez Bermúdez schickt 7 der 11 während der „Operation Pandora" Verhafteteten ins Gefängnis. Das Benutzen des Riseup-Servers oder das Lesen des Buchs "Gegen die Demokratie" sind zwei Indizien, welche die Anordnung der Untersuchungshaft begründen.

Auf Anforderung des Staatsanwalts ordnete der Richter, für 7 der Gefangenen, Untersuchungshaft an und für 4 die Freilassung unter Auflagen. Gestern Nacht wurden die 7 ins Gefängnis 'Soto de Real' verlegt, welches sich im Umkreis von Madrid befindet. Der Richter hat entschieden die konkreten Anklagepunkte erstmal unter Verschluss zu halten, was bedeutet, das auch die Anwält_innen der Beschuldigten keinen Zugang dazu haben.

Von dem Inhalt des Urteil wurde öffentlich, dass die Beschuldigungen Bildung, Bewerbung, Führung und Zugehörigkeit einer terroristischen Organisation sind, sowie die Anschuldigung des Besitz und Aufbewahrung von explosiven und entzündbaren Gegegenständen. In sämtlichen Momenten bezog sich der Richter Gómez Bermúdez auf eine Untersuchung zu „organisierten anarchistischen Gruppen"(G.A.C.), welche vor zwei Jahren von den 'Mossos d'Esquadra' (katalanische Polizei) eingeleitet wurde: „Ihre Mitglieder könnten mutmaßliche Urheber diverser Brand- und Sprengstoffanschläge sein, welche im gesamten Staatsgebiet ausgeübt wurden." Als Indiz dafür sieht Gómez Bermúdez 17 Campinggaskartuschen. Obwohl der Angeklagte aussagt diese für seine Wohnwagenküche zu benutzen, erscheint es dem Richter nicht logisch soviel gefährliches Material für den Hausgebrauch anzusammeln.

In dem Urteil bezog sich der Richter auf Berichte, die von einer Extra-Einheit der Mossos, welche anarchistische Gruppen überwachen, angefertigt wurden und in welchen steht: „die Untersuchungen ergaben, dass interne bürokratische Organisationsstrukturen existieren und dass es bestimmte Publikationen und Kommunikationsformen gibt."

In diesem Sinne wird das Buch „Gegen die Demokratie", welches die Mitglieder der Gruppe unter sich verteilt hätten, als weiteres Indiz gesehen. Außerdem benutzten die Beschuldigten „Mailadressen mit extremen Sicherheitsanforderungen, wie z.B der Server rise.up."

Gómez Bermúdez sieht die Beschuldigten in Zusammenhang mit den angeblichen Brand- und Sprengstoffanschläge, welche den „organisierten anarchistischen Gruppen" (G.A.C.) zugeschrieben werden. Auf den verschiedenen der Organisation vom Inhalt affinen Internetseiten wurden diese publik gemacht. In einem der Berichte mit dem Titel „Auswertung der relevanten Indizien, die beweisen, dass die G.A.C. eine terroristische Organisation sind" steht, dass es mehrere Hinweise für existierende Ideologien und Strategien gibt, welche den Staat destabilisieren und den öffentlichen Frieden beeinträchtigen.

Vor dem Bundesgerichtshof in Madrid haben sich während des ganzen Tages ca. 100 Freund_innen und Familienangehörige der Gefangenen versammelt, bis die Polizei sie dazu gezwungen hat zu gehen, mit der Begründung, das keine Kundgebung angemeldet sei. Hinterher haben sie dann die Personalien der Leute aufgenommen.

Jaume Asens, ein Anwalt der Gefangenen der "Operation Pandora", hat die Undurchsichtigkeit des Falls angeprangert und bestätigt, dass sein Mandant Stellung beziehen sollte, ohne überhaupt zu wissen, wessen er beschuldigt wird: "Die Mossos und die Staatsanwaltschaft sprechen von Terrorismus ohne weder auf die konkreten Straftaten noch die individuellen Vorwürfe, die jeden einzelnen unterstellt werden, genauer einzugehen". Asens ist sich sicher, dass dies alles eine "Rache der Polizei und Justiz" sei. Gestern Abend und während des heutigen Tages gab es verschiedene Kundgebungen, um die gesamte Operation zu verurteilen. Weiterhin wird es am Samstag in Barcelona eine Demonstration gegen das Gesetz "Mordaza" (neues Gesetz gegen Demonstrationsfreiheit) geben.

Anwendung des Antiterror-Gesetzes

Die 11 Gefangenen haben sich in den verschieden Polizeiwachen der Aussage verweigert, bevor sie nach Madrid gebracht wurden, immer noch ohne zu wissen, was ihnen überhaupt vorgeworfen wird.

Bei ihnen wurde das Anti-Terror-Gesetz angewendet, trotzdem hatten sie Kontakt zu ihren Anwält_innen.

FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN!!!

Radiosendung im Anarchistischen Radio zu den Antiknasttagen

Von 7. bis 9. November 2014 fanden in Wien die Anti-Knast-Tage statt. An drei Tagen tauschten sich Interessierte zu diversen Kämpfen gegen Knast und Repression aus, es gab Diskussionen, Vorträge und Workshops, die sich sehr unterschiedlichen Themen widmeten. Einige Höhepunkte waren beispielsweise die Veranstaltung zur neu gegründeten Gefangenengewerkschaft in Deutschland oder ein Vortrag zur aktuellen Situation in den griechischen Knästen.

Diese Sendung fasst unvollständig und bruchstückhaft das Wochenende in Wien zusammen und gibt einen kleinen Einblick für alle, die nicht dabei sein konnten bzw. will mit den Audiomitschnitten allen Teilnehmer_innen die spannende Vorträge in Erinnerung rufen.

Die Sendung könnt ihr auf a-radio.net nachhören und der Aufruftext und Statements von Gefangenen auf www.antiknasttage2014.noblogs.org und www.abc-wien.net.

Statement zur Urteilsverkündiung im Fluchthilfeprozess

http://solidarityagainstrepression.noblogs.org/)

„Rechtspolitische Kritik" sei nicht an sie, die Staatsanwältin, sondern an den Gesetzgeber zu richten, sagt sie und beharrt in großen Teilen auf eine zwanzig Seiten lange Ansammlung schwammiger Formulierungen die sich Anklageschrift nennt. Sie hat Recht, sie ist Rechtsanwenderin, was ihr angezeigt wird, ordnet sie einem der unzähligen juristischen Tatbestände der österreichischen Gesetzbücher unter. Dass Bestimmungen wie der §114FPG ihrer Funktion nach schlichtweg Migration kriminalisieren und auf einer rassistischen Trennung zwischen Menschen anhand ihrer Papiere aufbauen, egal wie viele Gesetzesreformen noch kommen sollten, ist dann nicht der Rede wert. Das Urteil, das sie von der Richterin fordert und am Ende des Tages auch bekommt, kriminalisiert einerseits eine Protestbewegung, andererseits hält es wie viele andere Entscheidungen, die das Justizsystem täglich wie am Fließband produziert, bestehende Ungleichheiten aufrecht: Wer kein Geld hat, dessen Straftaten sind gewerbsmäßig und insofern höher zu bestrafen – eine Formel die zwar juristisch nicht haltbar ist, so aber sinngemäß angewandt wurde. Es ist anscheinend auch nicht vorstellbar, dass Personen wie die Angeklagten solidarisch mit anderen sind, ohne Geld zu fordern. Gibt es keine Beweise für die vorschnell vorgeworfenen Grausamkeiten, dann werden unverständliche Redewendungen über „Lämmer" und „Küken" am Telefon schnell zu bedrohlichen Aussagen über ein straff durchorganisiertes Business. Alles in allem seien die Angeklagten „kleine Rädchen" eines größeren Netzwerkes, die eigentlichen Bosse irgendwo in Ungarn oder Griechenland, ungreifbar für die österreichische Justiz und gerade deshalb so gefährlich. Der Rückgriff auf den großen Boss, der nach einer Verhaftung in Wien wieder laufen gelassen wurde, ist Teil einer Argumentation, der sich auch die Anwält_innen immer wieder bedienen. Zwar zeigt sie die Brüche in der Logik der Sonderkommissionen, nichts desto trotz beruht das „Wissen" über diese Personen auf dem selben Aktenchaos wie die haltlosen Vorwürfe gegen die Angeklagten. Sich darauf zu berufen stützt insofern trotzdem die Argumentation der Behörden.

Prozesse wie diese sind teuer für die Justiz, Kosten für Dolmetscher_innen, Untersuchungshaft und Räumlichkeiten sowie in diesem Fall zumindest ein gewisses Maß an (kritischer) Öffentlichkeit ließen Freisprüche für alle schon vor dem 4.Dezember unrealistisch wirken. Wie sollte die Justiz sonst ihre Handlungen legitimieren. Spätestens als bekannt wurde, dass aus „feuertechnischen Gründen" die Anzahl der bei der Urteilsverkündung Anwesendenen am Eingang kontrolliert würde, Polizisten alle eintretenden Prozessbeobachter_innen abfilmten, sogar leere Plastikflaschen abgegeben werden mussten und der Schwurgerichtssaal von Cops umkreist war, ja, sogar ein Zivilpolizist mit den Angeklagten auf der Anklagebank saß, war wohl allen klar, dass es Urteile regnen würde.

Schlussendlich blieb tatsächlich alles beim Alten. „Eine nicht mehr exakt feststellbare Anzahl" von Personen seien in „unbekannte Länder der Europäischen Union" gebracht worden, für unbekannte Summen Geld, zusammen mit unbekannten Hintermännern. Sieben von acht Angeklagten wurden zu Haftstrafen zwischen 7 und 28 Monaten verurteilt, deren unbedingter Teil konsequent so angesetzt ist, dass er bereits in der Untersuchungshaft „abgebüßt" ist, wie die Richterin es nennt. Keiner der acht Angeklagten muss also ins Gefängnis zurück, was nicht heißt, dass die Chancen auf Bleiberecht in Österreich für die Betroffenen dadurch nicht massiv verschlechtert werden. Wie sooft, verkündete Petra Harbich das Urteil zunächst auf Deutsch. Eine halbe Stunde warf sie mit juristischen Fachbegriffen um sich, die letzten, die wussten was los war, waren wieder einmal die Angeklagten, daran änderten auch Zwischenrufe aus dem Publikum nichts.

Medien berichteten, die Richterin wäre bei der Urteilsverkündung trotz Tumulten „cool" geblieben. Es ist wahr, unbeirrt von Tränen, Zwischenrufen und Gefühlsausbrüchen der Angeklagten und der Zuschauer_innen verlas sie ein Urteil, dass schlicht und einfach ein weiterer gewalttätiger Akt ist wie er vom bürgerlichen Rechtsstaat notwendigerweise tagtäglich ausgeht.

Am Schluss bleibt die Frage, wer hier wirklich die „kleinen Rädchen" einer größeren bedrohlichen Struktur sind.

kontakt: abc wien
Postfach 173, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
http://www.abc-wien.net/

Athen: Nikos Romanos hat seinen Hungerstreik beendet

Nikos Romanos, anarchistischer Gefangener in Griechenland war vom 10. November bis 10. Dezember im Hungerstreik. Im gerichtlichen Verfahren wurde sein Gesuch verweigert, im Rahmen von Bildungsurlaub Lehrveranstaltungen der Universität zu besuchen. Als Antwort darauf fanden vielfältige Solidaritätsaktionen innerhalb und außerhalb der Gefängnisse der griechischen Demokratie und auch international statt.
Vor allem war es die Dringlichkeit der Situation, die zu Straßenkämpfen führte und die Rebellion über das vom griechischen Staat kontrollierte Territorium beflügelte. Gleichzeitig tauschten GenossInnen bereitwillig Ideen und Sehnsüchte im Verlauf des Monats aus und verschiedenste Aktionsformen erblickten aufgrund des Hungerstreiks in Haft das Licht der Welt.: Transparentaktionen, direkte Aktionen, wie beispielsweise zahlreiche Brandstiftungen und Angriffe mit selbstgemachten Explosivstoffen (hauptsächlich gegen Bankautomaten), Angriffe auf die Polizei, Straßenkämpfe und massive Auseinandersetzungen mit Ordnungskräften, Errichten von Blockaden, Sabotageakte (unter Anwendung von Klebstoff, Farben usw), tätliche Angriffe gegen Repräsentanten der Macht, spontane Proteste gegen öffentliche Auftritte von PolitikerInnen, symbolische Besetzung von Radio- und Fernsehsendern, eine Besetzungswelle von staatlichen bzw. in Verbindung zu ihm stehenden Gebäuden oder Gegeninformationsversammlungen. Die Kreativität und Konfliktualität verschiedener anarchistischer Einzelpersonen und Gruppen sind vermutlich nicht stark und entschieden genug, um den Kampf in gleicher Intensität auf Alltagsebene weiterzuführen. Es gibt aber immer die Chance, dass neue Projekte aus den letzten Begegnungen der GefährtInnen in besetzten Gebäuden, Aktionen auf der Straße, usw. hervorgehen. Jedoch, nur wenn Menschen, die in Solidarität zu Nikos Romanos stehen, insbesondere AnarchistInnen, bereit sind über die Besonderheiten, die sich in den letzten Tagen seines Streiks ereignet haben, zu reflektieren und sich darauf vorbereiten, eine dringend benötigte Solidarität angesichts eines neuen Hochsicherheitsgefängnisses in Domokos, so wie die allgemeine Verschlechterung der Gefängnisbedingungen zu praktizieren.
Nachdem er seinen ersten Antrag wiederholt auf rachsüchtige Weise abgelehnt sah, wurde er erpresst, die elektronische Fußfessel letztendlich doch als Möglichkeit zu akzeptieren, um Bildungsfreigang zu bekommen, als "einen letzten Ausweg", der umso dringender wurde, da sein Gesundheitszustand sich rapide verschlechterte. Tatsächlich stoppte er seinen Hungerstreik erst, nachdem das Parlament fast einstimmig (laut offiziellen Berichten mit Ausnahme zweier Abgeordneter der führenden Regierungspartei, während Abgeordnete der Neonazipartei bei der Abstimmung offenbar quasi-präsent waren) zugunsten der Novelle abstimmte, die der Justizminister eingebracht hatte. Diese Novelle bezieht sich auf Gefangene – Strafgefangene (gerichtlich verurteilt) und Verklagte (die auf ihren Prozess warten) – die das Recht haben an einer Institution für höhere Bildung, falls es in der selben Region der staatlichen Einrichtung, in der sie eingekerkert sind eine gibt, ein Studium aufzunehmen aber de facto keinen Bildungsfreigang bewilligt bekommen haben, um ihre Kurse regulär besuchen zu können. Es definiert, dass jeder und jede dieser Gefangenen in einem Semester eines akademischen Jahres 1/3 Kurse und Praktikumsaktivitäten erfolgreich belegt haben müssen, indem sie sie durch Fernkurse abschließen. Nur dann wird der Anspruch auf Bildungsfreigangstage, an denen sie die elektronische Fußfessel tragen müssen, um an den Kursen physisch teilzunehmen, gewährt. Der Justizminister nahm die Verordnung zur elektronischen Fußfessel erst im letzten Moment mit auf und stellte dabei sicher, dass die entsprechenden Disziplinarkammern (Gefängnisräte) den Antrag eines/einer Gefangenen auf Bildungsfreigang immer noch ablehnen können, sofern sie eine "besondere Rechtfertigung" für ihre Negativentscheidung geltend machen (selbst nachdem der oder die Gefangene die benötigten Fernkurse innerhalb der Gefängnismauern abgeschlossen hat und wie wir annehmen selbst wenn er oder sie die Überwachung mittels Fußfessel außerhalb der Mauern akzeptiert). Diese Gesetzesnovelle gilt für alle Fälle verurteilter und auf ihren Prozess wartender Gefangener, die vom Studentenfreigang ausgeschlossen sind (also nicht nur in Nikos Romanos Fall). Fast alle politischen Parteien hatten bei dieser Gelegenheit durch die Förderung weiterer repressiver Maßnahmen gegen Gefangene einen Wahlvorteil und verpassten gleichzeitig nicht ihre Chance mit ihrem humanitären und demokratischen Profil zu protzen.
Nikos beendete seinen Streik nach 31 Tagen, ringt aber immer noch nach ein paar Atemzügen der Freiheit. Aufgrund des Ergebnisses und da wir wissen, dass seine Forderung nicht erfüllt wurde, fordern wir, was ihm von vornherein hätte gewährt werden müssen: Bildungsfreigang vom Gefängnis.
Im Gegensatz zum weitverbreiteten Gefühl des "Sieges", empfinden wir, dass, abgesehen des wertvollen Lebens unseres Genossen und der Erkenntnis, dass wir auf jede Erpressung durch die staatlichen Lakaien reagieren sollten, indem wir alle Formen des Kampfes gegen die Knastgesellschaft intensivieren, und zwar nicht irgendwann in ferner Zukunft sondern jetzt, nichts gewonnen wurde.
Wir stehen fest an der Seite der kämpfenden Gefangenen und gegen die Erzwingung des Gebrauchs von Telekonferenzen und elektronischer Fußfesseln als noch einer weiterer Methode zur Isolation der von Staat/Kapital Verurteilten. Die Solidarität mit Gefangenen muss jetzt mehr als jemals zuvor und mit allen nötigen Mitteln in die Offensive gehen.

Im Folgenden ein kurzer Auszug aus dem Text des Genossen mit dem Titel „Tanz mit dem Tod seit 24 Tagen":

„Ich meinerseits werde weitermachen, ich gehe an jeder Wahrscheinlichkeit, klein beizugeben, vorüber und antworte mit den Worten: KAMPF BIS ZUM SIEG, ODER KAMPF BIS ZUM TOD.
Auf jeden Fall, sollte der Staat mich durch seine Haltung ermorden, werden Herr Athanasiou und seine Kollegen in die Geschichte eingehen als eine Bande von Mördern und Anführern zu Folter und Mord an einem politischen Gefangenen.
Lasst uns hoffen, dass freie Geister aufkreuzen und die Richtigkeit ihres Justizsystems auf eigene Weise beurteilen.
Am Ende dieses Textes möchte ich meine Komplizenschaft und meine Freundschaft an alle hinausschicken, die mir mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Seite stehen.
Schließlich noch ein paar Worte für Yannis, der ebenfalls im Krankenhaus ist, Andreas, Dimitris und einige andere meiner Brüder und Schwestern.
Der Kampf mag auch Verluste mit sich bringen; auf den Pfaden zu einem würdevollen Leben müssen wir den Tod an der Hand nehmen und das Risiko auf uns nehmen, alles zu verlieren, um alles zu gewinnen. Der Kampf geht weiter mit bloßen Händen und geballten Fäusten gegen das Messer, immer wieder und wieder.
Alle für alles!
Solange wir leben und atmen, lang lebe Anarchie!
Auf die Straßen der Rache am 6. Dezember!
Meine Gedanken werden durch die vertrauten Straßen wandern.
Es ist es wert, für einen Traum zu leben, selbst wenn dich sein Feuer verbrennt.
Und wie wir oft sagen: Stärke." Nikos Romanos, als sein Antrag am 2. Dezember ein zweites Mal abgelehnt wurde...

Unvollständiger Auszug von Solidaritätsaktionen

Griechenland, 10. - 15. November: Transparente und Graffiti werden in Solidarität mit dem Hungerstreik von Nikos Romanos an unterschiedlichen Orten in Ganz Griechenland hinterlassen (Athen, Thessaloniki, Kreta, Kozani, …)

Koridallos (Griechenland) 13./14. November: 75 Gefangene des E-Flügels des Männergefängnisses in Koridallos enthalten sich der Nahrung in Solidarität mit ihrem Mitinsassen Romanos.

Piräus (Griechenland), 17. November: Der anarchistische Gefangene Yannis Michailidis tritt aus Solidarität mit Nikos in den Hungerstreik.

Athen (Griechenland), 13. November: Die 'Gruppe Proletarischer Angriff' verübt einen Brandanschlag auf das Galatsi Finanzamt. Sie bezieht sich unter anderem auch auf die Kämpfe von Nikos Romanos und Iraklis Kostaris.

Athen (Griechenland), 17. November: Ein Fahrzeug einer Sicherheitsfirma wird in Solidarität mit Nikos Romanos, Iraklis Kostaris und Yannis Michailidis in Brand gesteckt.

Athen (Griechenland), 19. November: Im Stadtteil Ambelokipi wird das Parteibüro der Dea Demokratia in Solidarität mit Nikos Romanos, Iraklis Kostaris und Yannis Michailidis angegriffen.

Thessaloniki (Griechenland), 23. November: Einige GenossInnen platzierten vor dem Haus des Polizeigewerkschafters Dimitris Padiotis (Präsident der Gewerkschaft der Polizeibeamten von Thessaloniki), einen aus mehreren Benzinkanistern bestehenden Brandsatz. Die Aktion wurde in Solidarität mit Nikos Romanos, Iraklis Kostaris und Yannis Michailidis ausgeführt.

Athen (Griechenland), 23. November: Ein Geldautomat wir in Solidarität angezündet.

Athen (Griechenland), 25. November: 150 Personen versammeln sich vor dem Krankenhaus in dem sich der Hungerstreikende Gefangene Nikos Romanos seit dem 24. November befindet.

Santiago (Chile), 26. November: Vor dem Juan Gómez Millas Campus werden Barrikaden errichtet und der Verkehr für fast eine Stunde blockiert. In Solidarität mit Nikos Romanos und vielen anderen anarchistischen Gefangenen und Gefallenen wurde ein Kommuniqué veröffentlicht...

Athen (Griechenland), 26. November: Im Stadtteil Exarchia wurde der Anwalt Alexis Kougias, der die Bullen die Alexis Grigoropoulos ermordet haben verteidigt hatte, gesichtet. Er wurde von einigen GenossInnen angegriffen. Die Aktion wurde Nikos Romanos und Yannis Michailidis gewidmet.

Ioannia (Griechenland), 26. November: Anarchisten zerstören mehrere Bankautomaten in Solidarität mit Nikos Romanos, Yannis Michailidis und Iraklis Kostaris

Athen (Griechenland), 26. November: In Nea Smyrni werden mehrere Bankautomaten mit Benzin übergossen und entzündet. In Solidarität mit Nikos Romanos und Yannis Michailidis.

Athen (Griechenland), 27. November: Im Stadtteil Pefki wird eine Filiale der Hellenic Post angegriffen.

Santiago (Chile), 28. November: Brandanschlag auf Bus einer Transportgesellschaft in Solidarität mit verschiedenen Gefangenen, unter anderem mit Nikos Romanos.

Volos (Griechenland), 29. November: Bullenwache wird mit Steinen und Farbe angegriffen und Parolen in Solidarität mit Nikos Romanos gerufen.

Patras (Griechenland), 29. November: Eine Gruppe von GenossInnen stört ein Pressemeeting von Minister Vassilis Kikilias. Die völlig überforderten Bullen schaffen Kikilias weg. Unter anderem wurde gerufen: „Nikos Romanos, wir sind mit dir; Und du, Kikilias: Fick dich selbst!"
Heraklion (Griechenland), 29. November: Das Regionale Gerichtsgebäude wird bei Sonnenaufgang in Solidarität mit dem Hungerstreik mit Steinen und Farbe angegriffen.

Attica (Griechenland), 29. November: Mehrere Graffitis in Solidarität mit dem Hungerstreik werden in Porto Rafti hinterlassen.

Berlin (Deutschland), 30. November: Transparent aufgehängt: „Solidarität mit dem politischen Gefangenen, Hungerstreikender in Griechenland N. Romanos."

Athen (Griechenland), 30. November: Kleinerer Krawall im Stadtteil Exarchia. Barrikaden, Molotov Cocktails gegen Bullen und brennende Luxusautos... Slogans in Solidarität mit Nikos.

Thessaloniki (Griechenland), 30. November: Bullen vor der türkischen Botschaft werden mit Molotov Cocktails angegriffen.

Athen (Griechenland), 30. November: Motorraddemo zum Krankenhaus in dem sich Nikos Romanos befindet. 1000 AnarchistInnen versammeln sich zu einer Kundgebung vor dem Krankenhaus...

Athen (Griechenland), Ende November: In einem weiteren Kommuniqué wird sich zu einer ganzen Reihe von Brandstiftungen (Bankautomaten und Fahrzeugen) bekannt. Insgesamt in 9 verschiedenen Stadtteilen in ganz Athen... Alles in Solidarität mit Nikos Romanos und Yannis Michailidis.

Diavata (Greichenland), Ende November: Solidarische Worte des anarchistischen Gefangenen Nikos Maziotis mit dem Hungerstreik von Nikos Romanos.

Athen (Griechenland) 1. Dezember: Polytechnikum in Exarchia wird besetzt und eine Erklärung in Solidarität mit Nikos Romanos und allen kämpfenden Gefangenen veröffentlicht...

Athen (Griechenland) 1. Dezember: Vor dem Haus von Vizepräsidenten und Außenministers Evangelos Venizelos versammeln sich eine kleine Gruppe von GenossInnen hängte ein Transparent in Solidarität mit N. Romans auf und hinterließ Flugblätter...

Brüssel (Belgien), 2. Dezember: Drei Brandanschläge auf Fahrzeuge von Abgeordneten des europäischen Parlaments in Solidarität mit Nikos Romanos und den GenossInnen in Chile...

Piräus (Griechenland), Anfang Dezember: Solidaritätserklärung von Yannis Michailidis mit allen bei den Solidemos Verhafteten, Grüße an alle die sich in Wort und Aktion solidarisch verhalten und an Nikos...

Bristol (UK), Anfang Dezember: Mehrere Fahrzeuge, darunter Luxusautos und Fahrzeuge der OCE (Sicherheitsfirma) werden abgefackelt. Eine Gruppe 'FAI Torches in the Night – Earth Liberation Front' stellt in ihrem Kommuniqué eine Kontext zur ZAD-Besetzung in Frankreich, in Gedenken an Rémi Fraisse und in Solidarität mit Nikos Romanos her.

Athen (Griechenland), 2. Dezember: Zweite Erklärung des besetzten Polytechnikums...

Kavala (Griechenland), 2. Dezember: Am Kavala Aquädukt wird ein Transparent aufgehängt: 'Solidarität mit N. Romanos'.

Athen (Griechenland), 2./3. Dezember: Riots in Exarchia, 4000-5000 Menschen demonstrieren, Barrikaden werden gebaut, Autos angezündet, Bullen werden mit Brandsätzen angegriffen, es kommt zu vielen Festnahmen.

Kopenhagen (Dänemark), 3. Dezember: Solidaritätskundgebung vor der griechischen Botschaft in Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen.

London (UK), 3. Dezember: Security Fahrzeug in Solidarität mit Nikos Romanos abgefackelt. Die Gruppe 'FAI – Feuer am Horizont – Nikos Romanos' bekennt sich zu der Aktion.

Athen (Griechenland), 4. Dezember: Gebäude des Gewerkschaftsverbunds GSEE (Allgemeine Konföderation der griechischen Arbeiter) in Solidarität mit Nikos Romanos besetzt.

Athen (Griechenland): 6. Dezember: Solidemo mit ca. 3000 Personen. Parolen in Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen werden gerufen. Bullen werden mit Steinen und Flaschen und Mollies angegriffen, Modekette wird geplündert, Zivibullen werden angegriffen, einige Verhaftungen, …

Hamburg (Deutschland), 6. Dezember: Verschiedene Transparente mit Grußbotschaften werden in Solidarität mit Nikos Romanos und Alexandros Grigoropoulos, sowie für Yannis Michailidis, Dimitris Politis und Andreas-Dimitris Bourzoukos aufgehängt.

Wien (Österreich), 6. Dezember: Kundgebung in Solidarität mit Nikos Romanos und in Gedenken and Alexis Grigoropoulos

Athen (Griechenland), 6. Dezember: Kulturzentrum Melina wird von AnarchistInnen besetzt...

Istanbul (Türkei), 6. Dezember: Demonstration von mehreren anarchistischen Gruppen (Revolutionary Anarchist Action (DAF), High School Anarchist Action (LAF), Anarchist Youth, Anarchist Women, MAKI, TAÇANKA) in Solidarität mit Nikos Romanos.

Istanbul (Türkei), 6. Dezember: ELF/Insurrektionelle Solidarische Fraktion sabotiert Baufahrzeug in Solidarität mit Nikos Romanos, Yannis Michailidis, Andreas-Dimitris Bourzoukos and Dimitris Politis … „Until freedom of Nikos Romanos and all anarchist prisoners of war around the world... Solidarity…Attack…İnsurrection… Until Total Liberation… Social War!"

Nürnberg (Deutschland), 7. Dezember: Transparent in Solidarität mit Nikos Romanos aufgehängt.

Wien (Österreich), 7. Dezember: In der Nacht des 7. Dezember wird die griechische Botschaft mit Farbbeuteln angegriffen. Ein Graffiti in Solidarität mit N. Romanos wir hinterlassen...
Tampere (Finnland), 9. Dezember: Transpiaktion in Solidarität mit Nikos Romanos um den 9. Dezember...

Malmö (Schweden), 13. Dezember: 'Die Flamme brennt noch – Solidarität mit allen kämpfenden Gefangenen' Text eines Transparents das am 13. Dezember im Folkets Park aufgehängt wurde.